

Die Spannung in der Gesellschaft entlädt sich derzeit im Chemnitz. Wie konnte das Land in diese Lage kommen? Der Bundestags-Vizepräsident Thomas Oppermann (SPD) liefert im Gespräch mit Stephan Sohr im Nürnberger Presseclub eine Erklärung – und gesteht schwere Fehler der Politik ein.

Ob die AfD die Debattenkultur im Bundestag verändert hat? Natürlich hat sie das, findet Thomas Oppermann. Als Bundestags-Vizepräsident hat er oft genug damit zu tun, die Auseinandersetzung gesittet zu halten. Dabei findet der SPD-Mann lebhaftere Sitzungen durchaus gut. Was die AfD dazu beiträgt, damit hat er trotzdem seine Probleme. Was die Partei zu den Vorfällen

in Chemnitz beigesteuert habe, sei Heuchelei, echauffiert sich Oppermann im Nürnberger Presseclub. „Sie haben kein einziges Wort der Trauer über das Opfer verloren.“ Gauland und die AfD seien nicht traurig, dass Deutschland Geflüchtete aufgenommen hat – im Gegenteil: Es spiele ihnen in die Hände.

Der Schulterschluss der rechten Partei mit Pegida und rechtsextremen Gruppierungen zeige, dass die AfD Konflikte „auf der Straße austragen will. Das darf es in einem Rechtsstaat nicht geben“, fordert Oppermann. „Das ist Aufwiegelung zur Gewalt.“

Obwohl es die Partei seit mittlerweile fünf Jahren gibt, hätten viele Politiker immer noch nicht gelernt, wie man mit ihr umgehen müsse, kritisiert Oppermann. „Die AfD findet immer wieder jemanden, der über das Stöckchen springt, irgendjemand macht es immer wieder.“ Dennoch, die AfD ist laut Oppermann nicht die Ursache der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland. Diese liegt tiefer – und auch weiter in der Vergangenheit. Die große Ursache sei die Finanzkrise vor zehn Jahren gewesen, vermutet der SPD-Politiker. „Viele Bürger haben zum ersten Mal die Erfahrung gemacht, dass der Staat nicht in der Lage war, ihren bescheidenden Wohlstand vor gierigen Spekulanten zu schützen.“ Das habe den Populismus enorm gefördert – auch in Deutschland und anderen EU-Staaten. Und es habe auch die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten ermöglicht.

Die Flüchtlingskrise habe diese Gefahrenlage in der Bundesrepublik noch verschärft, vor allem durch Fehler der Politiker. „Zwischenzeitlich hatten die Bürger den Eindruck, kriminelle Schlepper entscheiden, wer zu uns kommt, und nicht der Staat“, so Oppermann. „Der Bundestag hatte zu diesem Zeitpunkt aber ziemlich eingeschlafene Füße.“ Das Land hätte eine Generaldebatte über die grundsätzlichen Fragen der Flüchtlingspolitik benötigt, räumt Oppermann im Rückblick ein. Er selbst – er war damals Fraktionschef der SPD – habe das mit seinen Gegenüber Volker Kauder von der Union diskutiert. Doch der CDU-Mann habe das abgeblockt: „Die Debatte hätte ein absolut zerrissenes Bild zwischen CDU und CSU offenbart.“

Kontroverse Diskussionen gab es auch deshalb nicht, weil Koalition und Opposition weitgehend einer Meinung waren, analysiert Oppermann. „Wir dürfen uns nicht wundern, dass so etwas wie die AfD entsteht, wenn sich im Bundestag alle einig sind, das aber keineswegs die Stimmungen in der Bevölkerung widerspiegelt.“ Nicht nur die Flüchtlingskrise habe die Gesellschaft verändert. „Viele Errungenschaften und Werte – wie die Digitalisierung oder die Ehe für alle – gehen für viele zu schnell“, sagt Oppermann. „Viele haben den Eindruck, wenn sie etwas dagegen sagen, werden sie sofort in die rechte Ecke gestellt.“ Diese Bürger finden in der AfD auch deshalb ein Ventil, weil „die Parteien durch die Professionalisierung der Politik die Verankerung im Volk verloren hat“,

erklärt der Bundestags- Vizepräsident. „Wir müssen Veränderungen so gestalten, dass die Leute mitgehen können. Der Staat muss Sicherheit und Unterstützung bieten.“